

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 14 (1934-1935)
Heft: 12

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

wehren, daß ähnlich wie in den Tagen der Gegenreformation heute wieder neu erwachendes Leben mit Machtmitteln erstickt wird. In allen politischen Fragen gibt es tiefe Unterströmungen, die leicht der Aufmerksamkeit entgehen und doch von entscheidender Bedeutung sind.

Ich darf vielleicht so zusammenfassen, daß in der Nord-Süd-Linie die Bestrebungen dominieren, die den Völkern und jeder Geistesbewegung ihr freies Recht zur Entfaltung geben möchten, während die Linie Ost-West die Gefahr in sich birgt, daß die Welt in den Bann lebenshemmender Gewalten gerät, wie sie der alte Imperialismus und der junge Kommunismus darstellen.

Vom Grenzproblem, das immer noch seine Bedeutung hat für die Beziehungen der deutschen zur nordischen Welt, möchte ich hier nur so viel sagen, daß es nicht unmittelbar aktuell erscheint, aber daß seine endgültige Lösung stark davon abhängig sein wird, ob diese beiden Welten in dem geistigen Ringen unserer Zeit sich zueinander finden werden oder nicht, was natürlich nicht gleichbedeutend damit sein kann, daß sie dasselbe Gesicht bekommen. Begreift man die tiefe Solidarität, auf die nach unserer Überzeugung diese beiden Welten angewiesen sind, dann wird die Grenzfrage, wie ich das in einem früheren Aufsatz andeutete, den Charakter einer gemeinsamen Aufgabe erhalten, die gelöst werden muß unter Berücksichtigung aller großpolitischen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen, die uns gemeinsam sind. Dann erst wird alle Bitterkeit, die sich aus einer langen Geschichte angesammelt hat, wirklich verschwinden können.

Politische Rundschau

Schwindende Neutralität.

Seit vor zwei Jahren in Deutschland der Nationalsozialismus ans Ruder gekommen ist, macht sich in der Schweiz eine fortschreitende Abkehr von Deutschland bemerkbar. Sie beruht einmal auf dem natürlichen Gegensatz einer alten und eingewurzelten Demokratie gegen jede Form der Diktatur, und sodann auf einer ausgesprochenen Angst vor dem neuen Deutschland, das sich souverän über Verträge hinwegsetzt, wo sie ihm unbequem sind. Äußerungen großdeutscher Publizisten, die auch die deutsche Schweiz zum Dritten Reich schlagen möchten, immer wiederkehrende Grenzverlehnungen und Übergriffe deutscher Organe auf schweizerisches Gebiet, und Deutschlands seit langem bestehende geheime Aufrüstung, die nun seit dem 16. März öffentlich erfolgt, sind nicht dazu angetan, die demokratische Abneigung zu überbrücken oder den Schweizern das tiefe Misstrauen gegen das Dritte Reich zu nehmen. Mehr noch als irgendwelche Annexionabsichten in Bezug auf die deutsche Schweiz befürchtet man einen Durchmarsch deutscher Heere durch die Schweiz gegen Frankreich, nachdem dieses seine ganze übrige Ostfront modern befestigt und eine wahre chinesische Mauer gezogen hat, in der nur eine Lücke klafft an der Juragrenze gegen die Schweiz, sodaß für eine Aktion gegen Frankreich wohl nur dieses Loch zwischen Basel und Genf in Frage käme, wollte

man nicht die Köpfe einrennen an den französischen oder belgischen Befestigungen. Wohl sagt der nüchterne Verstand, daß auch Deutschland ein eminentes Interesse hat an der Existenz einer neutralen Schweiz in jedem Konfliktsfalle, aber die instinktive Angst des Bürgers läßt sich durch solche verstandesmäßige Überlegungen nicht beruhigen. Die angeblichen Enthüllungen des anglo-russischen Publizisten Poliaffoff-Augur von deutschen Durchmarschplänen haben denn auch entsprechend eingeschlagen. Ein Beispiel dafür bietet der Ende 1934 im Verlage Viktor Attlinger in Neuenburg erschienene Roman von Willy-U. Prestre „Toscins dans la nuit“, der den Kampf der Schweiz gegen einen deutschen Überfall schildert, wie er nach der Meinung des Verfassers möglich oder wahrscheinlich wäre. Der Grund für den strategischen Überfall mit Fliegern und motorisierten Kolonnen liegt in diesem Roman bei einem Attentatsversuch auf den Führer, wobei die Fäden bis zu der französischen und schweizerischen Gesandtschaft reichen. Noch in der gleichen Nacht bricht die Strafexpedition aus, unterstützt durch Agenten in der Schweiz, die vor allem die Verbindungen zerstören. Der Roman ist außerordentlich interessant, vor allem auch deshalb, weil er zeigt, mit welchen Möglichkeiten Frankreich rechnet. Denn dem objektiven Leser wird es bald klar, daß der Roman nicht allein die Ideen des Verfassers wiedergibt, sondern daß das offenbar Gedanken sind, wie sie in französischen Militärkreisen gehabt werden. Der Roman soll ein Alarmruf sein an die Schweizer, sich vorzusehen, die Nordgrenze zu befestigen und die Beughäuser zu dezentralisieren, um einem derartigen Ansturm gewachsen zu sein und seinem, im Roman mit krassensten Farben geschilderten Folgen zu entgehen. So betrachtet, wäre das Buch sicherlich positiv zu werten. Unser Volk kann in der Tat nicht genug aufgerüttelt werden, und auch der „langsamem Militärverwaltung“ schadet gelegentlich eine derartige Peitsche nichts.

Was aber an diesem Roman unangenehm auffällt, ist seine tendenziöse Einseitigkeit. Der Verfasser sieht nur die eine Gefahr: Deutschland, und fordert dementsprechend auch nur Sicherheitsmaßnahmen gegenüber dem nördlichen Nachbarn. Er geht dabei soweit, die Befestigungen an der Westfront, die ja auch aus dem vorläufigen Sechs-Millionen-Kredit vorgenommen werden sollen, zu verurteilen. Roland Courval, der Held des Romans, sagt über diese Befestigungen im Westen auf Seite 26:

„C'était une erreur, mon colonel. De ces fortifications de l'Ouest, dirigées en apparence contre une impossible attaque française, il fallait faire en réalité une ligne d'arrêt contre l'invasion allemande, afin de pouvoir garder notre liaison avec notre future alliée d'Outre-Doubs.“

Das ist zweifellos nicht nur die Meinung des Romanhelden, sondern auch des Verfassers, gibt doch der Verlauf des Romans dieser Auffassung in jeder Hinsicht recht. Dieser Einstellung, daß unbedingt Frankreich unser künftiger Alliierter sein müsse, entspricht es denn auch, wenn der in Frankreich lebende neuenburgische Landwehr-Infanterie-Oberleutnant Prestre sich ausgerechnet von General Baratier, dem früheren Stabschef von Marshall Foch, ein Vorwort zu seinem Roman schreiben läßt, und auf Seite 12 ausführlich die Verdienste dieses Generals schildert, während Baratier anderseits im „Temps“ (1. 2. 35) den Roman Prestres lobend erwähnt in einem Artikel „La défense de la Suisse“.

Es ist dies nicht das erste Mal, daß so unverhohlen von einer Allianz mit Frankreich die Rede ist. Vor mir liegt eine bald zweijährige Nummer des Delberger „Démocrate“ (31. 3. 33), wo im Leitartikel die Rede ist von einem Konflikt zwischen dem demokratischen und dem fascistischen Staatenblock und von der Rolle der Schweiz in einem solchen Konflikt.

„En vertu de sa neutralité — pour ne pas parler de nos institutions démocratiques — elle (die Schweiz — deviendrait l'allié de la France,

ceci au moment où toutes les autres portions de la frontière française sont fermés à l'invasion par des travaux formidables au nord et par la chaîne des Alpes au sud."

Ahnlich einseitig ist unsere Sozialdemokratie eingestellt, deren Bekehrung zur Landesverteidigung ja zur Hauptsache auf die Angst vor Deutschland zurückzuführen ist. So schrieb der heutige Kommunist Ernst Walter am 5. Januar 1934, als er noch Sekretär der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Zürich war, im „Volksrecht“:

„Doch werden die schweizerischen Arbeiter einem durch die Schweiz gegen Hitlerdeutschland marschierenden republikanischen, vielleicht sozialistischen Frankreich mit der Waffe in der Hand entgegentreten, und werden sie nach der offiziellen Lesart der schweizerischen Neutralitätspolitik Schulter an Schulter mit den deutschen Nazis das Frankreich, vielleicht der sozialistischen Revolution bekriegen? Nie und nimmer! Das Gegenteil wäre unvermeidlich.“

Die drei angeführten Beispiele zeigen uns, daß in gewissen Volkskreisen die Abneigung gegen Deutschland und die Angst vor dem Nationalsozialismus geradezu zu einer Anlehnung an Frankreich geführt haben, das als unser natürlicher Verbündeter betrachtet wird. Das geht so weit, daß die angeführte sozialdemokratische Stimme die Abwehr einer französischen Neutralitätsverletzung ablehnt. Wenn wir auch glücklicherweise keinen Anlaß haben, am Neutralitätswillen der Bundesbehörden zu zweifeln, so ersehen wir daraus doch, daß im Volke der Neutralitätswille im Schwinden begriffen ist. Gewisse Kreise unseres Volkes haben schon so eindeutig und scharf Stellung genommen im voraussichtlichen Konflikt zwischen „demokratischem“ und „fascistischem“ Staatenblock, daß es diesen Kreisen außerordentlich schwer fallen müßte, wenn uns im konkreten Falle die Ereignisse auf die andere Seite treiben würden. Es ist klar, daß uns eine solche voreingetauchte Stellungnahme von Volksteilen einmal außerordentliche Schwierigkeiten bereiten müßte. Aber schon heute ist dieser schwindende Neutralitätswille außerordentlich gefährlich in seiner Wirkung auf das Ausland. Auf der einen Seite könnte man diese vorzeitige Parteinahme, die sicherlich am zuständigen Ort nicht unbeachtet geblieben ist, geradezu zum Anlaß einer Neutralitätsverletzung nehmen oder zum mindesten später eine solche damit entschuldigen, daß die Haltung der Schweiz ja nicht mehr neutral gewesen sei. Es wird dann umso schwerer wiegen, daß nicht allein Pressestimmen angeführt werden können, sondern auch Stimmen aus Offizierskreisen (Prestre). Aber auch auf der anderen Seite wird man sich so sehr an den Gedanken einer Bundesgenossenschaft mit der Schweiz gewöhnen, daß man vielleicht im Konfliktfalle nicht abwartet, bis wir durch gegnerische Neutralitätsverletzung auf diese Seite getrieben werden. Da man uns als natürlichen Bundesgenossen betrachtet und auch die Einstellung großer Bevölkerungskreise kennt, wird man uns dann vielleicht „helfen“ wollen, bevor dies durch die Ereignisse nötig geworden ist. Es ist also sehr gefährlich, wenn sich unsere öffentliche Meinung allzusehr nur auf den einen möglichen Fall einstellt und dabei ganz außer Acht läßt, daß auch andere Fälle eintreten könnten. Hält man sich aber vor Augen, daß unter Umständen auch das republikanische Frankreich es sein könnte, das zuerst unsere Neutralität verletzt, weil es, um dem Gegner seinen Willen aufzuzwingen und den Krieg gleich in Feindesland zu tragen, durch die Schweiz hindurch nach Süddeutschland vorstoßen will, so erkennt man, daß nur die absolute Neutralität unsere Maxime sein kann. Das gilt aber nicht nur für die Bundesbehörde, sondern auch für den Neutralitätswillen der Bevölkerung, ohne den letzten Endes Neutralitätsmaßnahmen der Bundesregierung wirkungslos bleiben müßten. Statt daß man jetzt schon ein Nachbarland als Verbündeten betrachtet, muß in jedem Schweizer die Überzeugung herrschen: der wird unser Feind, der

unsere Neutralität verletzt und unsere Unabhängigkeit nicht achtet, mögen er und sein Regierungssystem uns nun sympathisch sein oder nicht. Das muß auch im Ausland bekannt sein. Es sollte nicht vorkommen, daß unverantwortliche Zeitungsstimmen und Romane, wie die oben angeführten, im Auslande Zweifel erwecken an unserem absoluten Neutralitätswillen.

Dabei wollen wir freilich nicht verkennen, daß solche Äußerungen nicht von ungefähr entstanden und nur aus schweizerischem Erdreich entsprungen sind. Prestre gibt ja in seinem Vorwort selbst zu, daß er über die in seinem Roman behandelten Fragen auch mit bekannten höheren französischen Offizieren gesprochen habe. Wir wissen auch sonst, wie geschickt es von französischer Seite immer wieder verstanden wird, Hitler als den gemeinsamen Gegner von Frankreich und der Schweiz darzustellen, und wie man verschiedentlich versucht hat, uns gute Ratschläge zu geben hinsichtlich der Fortführung des französischen Grenzbefestigungsgürtels auf schweizerischem Gebiet, wobei man westlich des Jura offenbar glaubt, gegenüber der Schweiz die gleiche Stellung einnehmen zu können wie gegenüber Belgien. Bundesrat Minger hat letzten Herbst auf derartige „wohlgemeinte“ Ratschläge die richtige Antwort erteilt! Es wäre gut, wenn man sich in der Schweiz mehr bewußt wäre, daß Frankreich gegenwärtig alle Anstrengungen macht, uns aus unserer Neutralität herauszudrängen und uns einzugliedern in die große antideutsche Front, der nun ja auch der Völkerbund dienstbar gemacht werden soll.

* * *

Wie sehr wir übrigens trotz der berühmten Londoner Deklaration von 1920 unsere Neutralität eingebüßt haben durch unsere Mitgliedschaft im Völkerbund, beweist uns ein aktueller Fall aus den letzten Tagen, der zwar in der Öffentlichkeit kaum beachtet wurde angesichts der Unruhe, die Deutschlands Proklamation der allgemeinen Wehrpflicht in Europa hervorgerufen hat. Bekanntlich entbindet uns die Londoner Deklaration nur von der Teilnahme an militärischen Aktionen des Völkerbundes, während wir zur Teilnahme an wirtschaftlichen Kriegsmaßnahmen verpflichtet sind wie jedes andere Völkerbundesmitglied. Nun hatten letztes Jahr die meisten Mitgliedstaaten auf Empfehlung des Völkerbundes die Ausfuhr von Waffen und Kriegsmaterial nach den beiden wegen des Gran Chaco Boreas im Kriege sich befindlichen Staaten Bolivien und Paraguah untersagt. Empfehlungen, die der Völkerbund den beiden kriegsführenden Staaten zustellte, wurden von Bolivien bereitwilligst angenommen, nachdem seine Stellung sehr ungünstig geworden war, während das nun erfolgreiche Paraguah diese Empfehlungen ablehnte. Dadurch wurde der Völkerbund aus seiner bisherigen Unparteilichkeit in diesem Konflikt herausgedrängt und nahm einseitig Stellung gegen Paraguah, indem er seinen Mitgliedstaaten empfahl, das Waffenembargo gegenüber Bolivien aufzuheben, gegenüber Paraguah aber weiterhin fortbestehen zu lassen. Als getreues Mitglied des Völkerbundes ist auch die Schweiz diesen Empfehlungen nachgekommen, sodaß also heute aus der Schweiz weder Waffen noch Munition nach Paraguah geliefert werden dürfen, wohl aber nach Bolivien. Damit hat aber auch die Schweiz eindeutig Partei ergriffen in diesem Konflikt zwischen zwei anderen Staaten. Wir glauben nicht, daß das mit unserer Neutralität noch vereinbar ist, verlangt diese doch, daß wir uns jeder Parteinahme und Begünstigung im Konfliktfalle zwischen anderen Staaten enthalten. Nun wird aber das Abbrechen von unserer Neutralität im konkreten Falle keine großen Folgen haben, ist doch der Gran Chaco ordentlich weit von unseren Grenzen entfernt. Wie aber, wenn uns unsere Mitgliedschaft im Völkerbund zu einer ähnlichen Parteinahme verpflichtet in einem Konflikt zwischen Nachbarstaaten der Schweiz? Dann könnte uns eine solche Aufgabe der Neutralität gar leicht in einen Krieg führen, hat dann doch auch der betroffene Nachbarstaat keinen Grund mehr, unsere Neutralität zu achten, die wir selber preisgegeben.

Das Beispiel des Chacokrieges beweist uns mit aller nur wünschbaren Deutlichkeit, wie gefährlich unsere sogenannte differenzierte Neutralität ist. Eine differenzierte Neutralität ist überhaupt nicht mehr Neutralität. Man kann nicht militärisch neutral sein und wirtschaftlich Partei nehmen. Es gibt nur eine absolute Neutralität oder gar keine. Und so müssen wir auch all den Völkerbundsfreunden recht geben, die immer betont haben, daß Neutralität und Mitgliedschaft im Völkerbund sich gegenseitig ausschließen. Nur sind wir für eine andere Beziehung der Konsequenzen aus dieser Erkenntnis, weil nur die absolute und unbedingte Neutralität uns Aussicht gibt, auch in einem kommenden Konflikt bestehen zu können als unabhängiger Staat. Es ist daher erfreulich, daß jüngst der Volksbund für die Unabhängigkeit der Schweiz an seiner Jahresversammlung vom 16. März seinen Vorort beauftragt hat, alle Schritte zu unternehmen, um eine Rückkehr der Schweiz zur vollen Neutralität zu ermöglichen.

Aarau, 24. März 1935.

Gottfried Zeugin.

Zur politischen Lage.

Berliner Gespräche mit Hindernissen. / Das abessynische Abenteuer.

Auf die Römer Gespräche der Franzosen und Italiener sind die Londoner Gespräche der Franzosen und Engländer gefolgt, und ihnen sollen sich nun die Berliner Gespräche der Engländer und Deutschen anschließen. Sie werden wohl schon beendet sein, wenn diese Zeilen erscheinen können. Sie haben aber bereits jetzt ihre Geschichte, bevor sie nur zu Stande gekommen sind. Und es ist wohl möglich, daß die Vorgeschichte interessanter ist als der eigentliche Gesprächsinhalt.

Hervorgegangen sind sie aus dem lebhaften Wunsch der Engländer, um jeden Preis in Europa Ruhe und Frieden zu wahren, und aus dem Bestreben, zu diesem Zwecke die Deutschen unbedingt in das von neuem über ganz Europa auszubreitende Netz von Verträgen einzuschließen. Da gegenwärtig von den deutschen Rüstungen die politische Unruhe in Europa ausgeht, sehen die Engländer in der Bindung der Deutschen die einzige Möglichkeit, durch die Verhüttung Europas sich die Hände für die eigene Weltpolitik freizumachen. Diesem Bestreben der Engländer kommt der Wunsch des Deutschen Reiches entgegen, wenigstens mit einer der europäischen Großmächte geregelte Beziehungen zu unterhalten und dadurch den Ring der Gegner wenigstens etwas zu lockern. So werden denn die englisch-deutschen Gespräche trotz aller Hindernisse doch zu Stande kommen.

Aber diese Hindernisse! Das Dritte Reich hat bei dieser Gelegenheit gezeigt, daß es in den internationalen diplomatischen Beziehungen recht lästlich ist. Das hat man zunächst in London erfahren. Man glaubte dort, den Deutschen im Hinblick auf den kommenden Staatsbesuch schon etwas zumuten zu dürfen. So hat man denn das berühmte Weißbuch veröffentlicht, das Deutschland dafür verantwortlich mache, daß England nun eben auch aufrüsten müsse. Das ist vom englischen Standpunkt aus gesehen gar nicht so unrichtig; hätten sich die Deutschen weiterhin geduckt, bis ihnen von den Großmächten einmal ein paar Tanks usw. bewilligt worden wären, so hätte natürlich das Wettrüsten nicht so allgemein eingesezt. Aber objektiv und vor allem von Deutschland aus besehen, ist diese Ansicht des englischen Weißbuches eben durchaus nicht richtig. Man will sich in Berlin nicht mehr mit einer Aschenbrödelrolle zufrieden geben und lehnt jede solche Zumutung schroff ab. Das mußten auch die Engländer erfahren. Hitler wurde heiser, und der englische Außenminister mußte seinen Berliner Besuch ausschieben. Wie sehr

aber die Engländer trotz allem daran festhalten, sich mit Deutschland irgendwie zu einigen, das zeigte sich gerade bei dieser Gelegenheit: Sir Simon geht trotzdem nach Berlin! Wer hätte das noch zu den Zeiten Brünings gedacht, daß englische Staatsmänner Deutschland gegenüber so verfahren müßten?

Nun kommt aber der zweite Zwischenfall! Er ging von der Seite aus, die Deutschland gegenüber überhaupt nichts von Verhandlungen wissen will, von der französischen Seite, die unentwegt Anhänger des Zwanges ist. In Frankreich verläßt man sich auf die eigene sorgfältig gepflegte Wehr, auf die Armee der Bundesgenossen in West und Ost und geht darüber hinaus mit aller Energie auf die völlige politische Einkreisung Deutschlands aus. Im Vertrauen auf diese Taktik und aus Mißtrauen gegenüber jedem Entgegenkommen an Deutschland lehnte Frankreich es immer wieder ab, den Deutschen die tatsächliche Gleichberechtigung zu gewähren. In dieser Richtung ist die französische Politik durchaus folgerichtig und darin sind sich alle französischen Parteien einig. Auf diese Einigkeit gestützt konnte es deshalb auch Frankreich unternehmen, mitten in den Verhandlungen mit Deutschland, die starke Erhöhung der französischen Rüstungen in den Kammern durchzusehen und zugleich diese Rüstungsmaßnahme in schärfster Weise mit den deutschen Rüstungen zu begründen.

Auch darauf blieb jedoch die deutsche Antwort nicht aus, und sie erfolgte hier noch weit rascher und wuchtiger als gegenüber England: Es kam zur Proklamierung der deutschen Rüstungsfreiheit und zur Zerreißung der betreffenden Bestimmungen des Versailler Vertrages. Frankreich ist darob beinahe aus dem Häuschen geraten und hat mit scharfen diplomatischen Schritten und der sofortigen Ankündigung neuer Rüstungen geantwortet. England aber hat noch einmal einen Beweis dafür geliefert, daß es ihm ernst ist mit einer Einigung mit Deutschland. In diesem Augenblick will es schon etwas heißen, daß der englische Ministerbesuch in Berlin trotz aller dieser Hindernisse durchgeführt wird. Diese Haltung steht in einem merkwürdigen Widerspruch zu der ganzen schwankenden englischen Politik, die immer wieder Frankreich den Rücken gestärkt hat und so an der heutigen einigermaßen verfahrenen Lage eine wesentliche Mitschuld trägt!

Es ist nun einigermaßen schleierhaft, was in Berlin erreicht werden soll. Leicht wird eine Einigung auf keinen Fall sein, vor allem, da die englischen Minister bereits erklärt haben, daß die heutige deutsche Rüstung zu hoch sei. Was können denn die Engländer bieten, um damit zur Unterzeichnung der in Berlin sicher nicht beliebten verschiedenen Pakte zu veranlassen? Das muß Herr Simon ja wissen, und so wünschen wir ihm auf jeden Fall eine erfolgreiche Reise!

Denn wenn die französische Taktik durchschlägt, dann können wir uns von der nahen Zukunft nichts Gutes versprechen. Vor allem erscheint es uns sehr zweifelhaft, welches Ergebnis der französische Schritt beim Völkerbund haben soll? Es ist ja möglich, daß nun Frankreich die Früchte seiner mit der Aufnahme Rußlands in den Völkerbund befolgten Politik ernten will. Dann müßte es aber den Völkerbund zu irgend welchen Zwangsmäßigkeiten gegenüber Deutschland bringen. Was aber würden dazu die neutralen Mitglieder des Völkerbundes sagen, die so in eine sehr schwierige Lage gebracht würden, die ihnen nur Schaden, aber sicher keinen Nutzen bringen könnte? Was würde vor allem die Schweiz dazu sagen? Die Antwort ist recht schwer zu geben und sie würde unserem Lande sicher nicht leicht fallen. Wir hätten aber bei dieser Gelegenheit nun den Anlaß, uns genau darüber Rechenschaft zu geben, was uns der Beitritt zum Völkerbund und der Verzicht auf die wirtschaftliche Neutralität noch alles kosten kann, wenn wir nicht rechtzeitig unsern Rückzug auf die allseitige und völlige Neutralität antreten können.

Wir wollen also hoffen, daß die französische Anrufung des Völkerbundes gegenüber Deutschland harmlos ausgehen werde. Wir möchten aber doch noch einmal die Tatsache unterstreichen, daß wir heute in Europa gerüstete Lager einander

gegenüberstehen haben. Wie wenig ist da noch nötig bis zu einer Entladung! Federmann möge sich darnach richten, auch die Schweiz!

* * *

Vielleicht ist es unter diesen Umständen Mussolini bei seinem abessynischen Abenteuer doch nicht mehr so ganz wohl. Denn ein Abenteuer, wie das noch jeder Kolonialfeldzug dargestellt hat, wird die Verwicklung in Ostafrika für Italien werden. Das haben die Franzosen vor wenigen Jahren in Marokko und Shrien, die Italiener in Tripolis und Abessynien, die Engländer im Burenkrieg feststellen können. Und die gleiche Erfahrung wird den Italienern auch jetzt nicht erspart bleiben. Im besten Falle werden viele Kräfte an Menschen, Material und Geld auf längere Zeit hinaus festgelegt. Im schlimmeren Falle, wie er sich schon bei dem auffallenden japanischen Interesse für Abessynien ankündigt, wird daraus eine richtige Kraftprobe für den Faschismus werden.

Was aber wird unterdessen aus den europäischen Interessen Italiens, was aus den Träumen des römischen Imperiums, das auf den Straßen über die Alpen nordwärts ziehen soll wie Drusus? Erklärt sich daraus die plötzliche besetzte Freundschaft mit Süßlawien, das man noch erst in allen Tönen beschimpft hat? Man muß das fast annehmen. Man wird dabei allerdings in Rom gut tun, sich an den früheren Vertrag von Nettuno zu erinnern, mit dem Mussolini schon einmal die Freundschaft mit Süßlawien so feierlich besiegt hat und der nachher so spurlos unter den Tisch gefallen ist. Die guten neuen Freunde jenseits der Adria würden jedenfalls nie abgeneigt sein zu einem Spaziergang nach Zara, nach Fiume, nach Triest und nach Görz. In einem solchen Augenblick wird dann auch das Drususstandbild auf dem Waltherplatz in Bozen nichts helfen! Das weiß natürlich Mussolini genau, und er ist natürlich sehr übel gelaunt darüber, daß Deutschland gerade in diesem Augenblick in Europa solche Unruhe veranstaltet. Man merkt das der italienischen Presse an, und man merkt es den italienischen diplomatischen Schritten an. Aber Abenteuer bleibt eben Abenteuer und zieht seine Risiken mit sich.

Das wird man auch in den Genfer Büros des Völkerbundes denken und täglich Gott darum bitten, daß er dem Völkerbund die Prüfung einer Verhandlung über den italienisch-abessynischen Streit ersparen möge. Ostafrika ist doch etwas näher als die Mandchurie. Wenn hier noch einmal offenkundig wird, daß der Völkerbund im Streite eines Starken und eines Schwachen totsicher versagt und eben den Starken gewähren lassen muß, wer wird dann diesem Völkerbund noch irgend welchen moralischen Kredit geben? Das befürchtet man in Genf, und das befürchtet man auch in London. Fraglich ist nur noch, ob diese Besorgnisse etwas helfen werden und ob nicht auch der Völkerbund eben trotz allem sein abessynisches Abenteuer erleben wird?

Aarau, den 22. März 1935.

Hector Ammann.

Bericht aus Elsaß-Lothringen.

Die Abstimmung im Saargebiet hat im benachbarten Elsaß-Lothringen natürlicherweise einen tiefen und nachhaltigen Eindruck hinterlassen. Hier wirkten sich die Folgen der Rückgliederung des Saarbeckens in den deutschen Zollbereich sofort und nachdrücklich aus. In der Nähe hatte die Stimmenverteilung deutlicher als sonstwo den frassen Unterschied zwischen einer hohen Propaganda und der Wirklichkeit hervorgehoben.

Je näher der 13. Januar herangerückt war, umso lauter hatte die Regierungspresse im Lande auf den Erfolg der Status quo-Anhänger gesetzt. Der Straß-

burger Staatsender gar hatte sich Max Braun an's Mikrophon geholt und überhaupt in einer nicht mehr zu überbietenden Weise für den Bluff dieses Mannes Partei ergriffen. Im Elsaß mußte man sich, auch wenn man an dieser Funkerei und Flunkerei ganz unschuldig war, blamiert fühlen bei der Vorstellung, daß uneingeweihte Hörer des Auslands darin den Ausdruck der bodenständigen Meinung vermuten könnten.

Als dann am 15. Januar der Spuk mit einem Schlag verflogen war, geschahen die erstaunlichsten Purzelbäume. Die Leute, welche vor der Abstimmung die schwerste Niederlage des „Hitlertums“ am selbstsichersten in die Welt posaunt hatten, erklärten nach der Abstimmung seelenruhig, daß sie dieses „an sich ganz selbstverständliche Ergebnis“ eigentlich von jeher vorausgesetzt hatten. Dieselben „Ostmarken“- und Elsaß-Spezialisten, welche seit Jahren die Pariser Stellen durch ihre schiefen Berichte in das unsinnige Saarabenteuer hineinmanövriert hatten, betonten nun, daß insbesondere das Ansehen Frankreichs in der Affäre nicht im gerinsten verfehrt worden sei, habe doch Frankreich an dem Kampf überhaupt nicht teilgenommen. Man könne doch keine Schlacht verlieren, in der man nicht „dabei gewesen“ sei. Es genügt, diese Erscheinungen anzuführen. Jeder auch nur halbwegs unterrichtete Leser kann sich da sein Urteil selber bilden.

Wären nun lediglich diesen verdutzten Lohgerbern die Felle davongeschwommen, hätte sich die Allgemeinheit leicht mit dem Verlust abfinden können. Aber, als bald nach der Abstimmung eintrat, was sachliche Beurteiler seit langem angekündigt hatten, die wirtschaftliche Abriegelung des Saarbeckens nämlich von seinem elsäß-lothringischen Hinterland, zeigte es sich, daß die verantwortlichen Stellen auf die neue Lage überhaupt nicht vorbereitet waren. Ungeachtet der Vorstellungen der Kammerkommission für Elsaß-Lothringen hatte die Regierung in Paris immer auf die Zeit nach der Abstimmung vertröstet. Erst gegen Ende des Monats Januar kam eine Besprechung der elsäß-lothringischen Parlamentarier mit dem Ministerpräsidenten Flandin zustande, und hier schon offenbarte sich das Krebsübel: während im Namen der Landwirtschaft die Sicherung der bisherigen Ausfuhr in das Saargebiet auch für die Zukunft durch Errichtung einer Freizone oder Vereinbarung weitgehender Kontingente mit der deutschen Regierung gefordert wurde, sprachen sich die Vertreter bestimmter Industriezweige für die Schließung der Grenzen aus. Die Regierung selbst lehnte grundsätzlich den Gedanken einer Freizone ab. Es stand bereits fest, daß die elsäß-lothringische Landwirtschaft den Interessen der Schwerindustrie geopfert werden sollte. Das Comité des Forges hätte umso leichter triumphieren können, als von elsäß-lothringischer Seite aus die verschiedensten Interessengruppen und -gruppen ihre Sonderbelange ohne einheitliche Ordnung, ja vielfach gegeneinander vertraten. Nur eine feste Selbstverwaltungsinstanz wäre imstande gewesen, ein geschlossenes Programm aufzustellen und schließlich auch durchzusetzen. Ihr Fehlen hat sich schmerzlich fühlbar gemacht, ging und geht es doch um Forderungen, die für manche Zweige der elsäß-lothringischen Wirtschaft geradezu lebenswichtig sind.

Die am schwersten Getroffenen, die Bauern aus dem nördlichen Elsaß und Lothringen, nahmen allerdings diese Entwicklung nicht ohne weiteres hin. Die bislang sehr zahme, offizielle Rahmenorganisation der Landwirtschaft, die „Fédération agricole d'Alsace et de Lorraine“, sah sich gezwungen, einen Bauerntag in Straßburg zu halten, der zu einer spontanen und mächtigen Kundgebung der Solidarität zwischen Elsässern und Lothringern wurde. Die in unerwarteter Zahl, man schätzte bis zu 10,000 Besuchern, aus den entferntesten Teilen des Landes zusammengestromte Bauenschaft machte ihrer Erbitterung in einer Weise Luft, die den regierungsfrommen Einberufen sehr ungelegen kam. Entgegen ihrer ursprünglichen Absicht konnten sie den Vertretern des „Elsaß-lothringischen Bauernbundes“, der in scharfer Gegnerschaft zu der Fédération agricole in der letzten Zeit

hochgekommen ist, das Wort nicht verwehren. Ähnliche Kundgebungen fanden auch in kleineren Städten statt, wobei die Welschlothringer vielleicht noch heftiger auftraten als die Deutschlothringer und Elsässer. In Meß selbst wurde der lothringische Senator Guy de Wendel als Vertreter der Schwerindustrie in einer Bauernversammlung ausgepfiffen. Die heimatrechtlerischen Christlich-Sozialen, welche eine außerordentliche Session des lothringischen Generalrates zur Beratung über die schlimmen Folgen der Saarrückgliederung erzwungen hatten, stießen auf das schärfste mit demselben de Wendel, der dieser Bezirksvertretung vorsitzt, zusammen.

Unterdessen wurde das hereinbrechen der Krise durch Verhandlungen zwischen deutschen und französischen Wirtschaftsverbänden wenigstens hinausgeschoben. Nachdem elsäß-lothringische Vertreter zu den früher schon eingeleiteten Verhandlungen überhaupt nicht zugezogen worden waren, wirkte sich der zornige Widerstand der Bauernschaft doch insoweit aus, daß vorläufig auf die Dauer von 4 Monaten die Ausfuhr Elsaß-Lothringens nach dem Saargebiet in Höhe etwa der Hälfte des bisherigen Kontingentes gesichert blieb.

Der Pariser Handelsminister allerdings zeigte sich sehr unghalten und warf den elsäß-lothringischen Parlamentariern vor, daß der Protest die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen nur gestört habe. Die elsäß-lothringischen Bauern hätten sich rechtzeitig umstellen sollen, da doch der Ausfall des Saarmarktes seit langem vorauszusehen gewesen wäre, meinte er — nach Tisch. Von dieser Seite aus entbehrt eine solche Bemerkung nicht der Würze. Der Minister vergaß allerdings hinzu zu führen, wo die bisherigen Versorger des Saargebiets in der Zukunft ihre Erzeugnisse absetzen sollen. Das Umstellen allein genügt nicht, man muß auch wissen, wohin man sich umzustellen hat.

Durch diese ganzen Ereignisse aber wurde bestätigt, daß die Folgen der falschen Saarpolitik zu einer Beweisführung wurden, vor der sich die Pariser Zentrale unbedingt hätte bewahren müssen. Wenn die Abschnürung von dem jenseits der französischen Staatsgrenzen gelegenen Saarbecken noch fünfzehn Jahre nach Versailles schwere wirtschaftliche Erschütterungen nach sich zieht, steht fest, daß die wirtschaftliche Umorientierung Elsaß-Lothringens, das heißt, auch die wirtschaftliche Assimilierung des früheren Reichslandes an den Pariser Einheitsstaat noch nicht vollzogen ist.

Von den moralischen Auswirkungen des unglückseligen Saar-Experiments wollen wir schweigen. Im Monat Februar veröffentlichte zweifellos unter dem Eindruck des Saarplebiszites die Pariser Zeitung „Le petit Bleu“ einen Aufsatz unter dem Titel „Wann Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen?“ in dem es unter anderem heißt:

„... In Straßburg, in Mülhausen und Meß wohnt man einer erschreckenden Zunahme der deutschen Propaganda bei ... Die Propaganda Deutschlands hat ein Ziel. Dieses Ziel ist kein anderes als die Vorbereitung der Volksabstimmung. Geben wir uns keinen Illusionen hin! Am Tage, an dem einige irregelmäßige oder verführte Elsässer in Genf eine Abstimmung für das Elsaß verlangen würden, wird der Völkerbund diesen Antrag schwerlich ablehnen können. Nun ist der Ausgang der Volksbefragung nicht zweifelhaft. Sie ergäbe sicher keine Mehrheit für Deutschland, aber für die Selbstständigkeit ...“

Wir wollen auch über die wahre Stimmung der elsäß-lothringischen Bevölkerung keinerlei Betrachtungen anstellen. Alle Beteiligten dürften darüber ungefähr im Bilde sein. Aber nicht eine angeblich in letzter Zeit verstärkte „deutsche Propaganda“ arbeitet gegen Frankreich, sondern dieselben Leute beraten allzuoft die Regierung in Paris, welche schon die Saarfrage „gemeistert“ haben. Wenn man das weiß, wundert man sich über manches nicht mehr.

An dieser Feststellung kann kein Ablenkungsversuch einen Deut ändern. Derartige Versuche blieben natürlich nicht aus, und zwar gingen sie nicht nur vom Inlande, sondern (ein Beweis übrigens, daß ihre Urheber sich in mißlicher Lage fühlten) auch vom neutralen Ausland aus. Es sei uns in diesem Zusammenhang gestattet, auf eine Straßburger Korrespondenz der „Basler Nachrichten“ hinzuweisen, in der behauptet wird, die

„... an sich wichtige Mission (als Brücke zwischen Frankreich und Deutschland zu dienen), die dem Land zwischen Rhein und Vogesen zur Ehre gereichen müßte, ist durch die politische Agitation der Kommunisten und Autonomisten, die seit dem Saarplebiscit sich geschäftig zur Diskussion melden, einigermaßen kompromittiert worden ...“

Ganz deutlich gar ist der Leitartikel der „National-Zeitung“ vom 14. Februar, wo unter dem Titel „Elsässische Plebisitzwünsche“ ein „Alsaticus“ sich über den angeblichen Plan der im Bunde mit „gewissen aktiven Gruppen im Dritten Reich“ stehenden Autonomisten ausläßt, nach der Saar-Abstimmung Frankreich in Elsaß-Lothringen „eine wirkliche Niederlage zu bereiten“ und vorsichtig den Wiederaufschluß des Landes an das Reich vorzubereiten. Der „Alsaticus“ ist leider „cachiert“ geblieben, um in seiner Sprache zu reden. Seine Verdächtigungen sind natürlich mit Wonne als „neutrale Stimme“ in der ganzen Regierungs presse Elsaß-Lothringens abgedruckt und entsprechend kommentiert worden.

Es ist bedauerlich, daß diese Methoden weiter angewandt werden. Denn viel Gutes wird nicht dabei herauskommen. Auch für die Regierung in Paris nicht. Aus dem Saarexperiment hätte man doch einige Lehren ziehen können.

H. Bickler.

Wehrpolitische Rundschau

Zur militärpolitischen Lage an unserer Ost- und Südostgrenze.

Die Februar- und Juliunruhen letzten Jahres in Österreich haben uns schlagartig gezeigt, daß sich in der militärpolitischen Lage an unserer Ost- und Südostgrenze in den letzten Jahren verschiedenes geändert hat. Bei beiden Gelegenheiten waren beträchtliche italienische Truppenmassen bereit, in Österreich einzumarschieren und dort sowohl Ordnung zu schaffen, als auch die Grenze gegen das deutsche Reich zu schützen gegen die Übertritte österreichischer Legionäre oder gar reichsdeutscher Freischaren. Besonders Ende Juli hing der Einmarsch italienischer Divisionen an einem Haar. Italienische Offiziere, die im Südtirol noch Filme kauften, erklärten zuversichtlich lachend, die Filme würden dann in Innsbruck entwickelt! Es ist in diesen Hesten denn auch schon bei früherer Gelegenheit¹⁾ darauf hingewiesen worden, wie sehr sich damals Italien bemühte, von Österreich zu Hilfe gerufen zu werden, und wie das Erscheinen italienischer Truppen am Bodensee nur dadurch verhindert wurde, daß Deutschland seine Grenze gegen Österreich absolut spererte und so jeden Übertritt bewaffneter Formationen verhinderte, die Italien den willkommenen Anlaß zum Einmarsch gegeben hätte. Wenn dadurch auch für einmal die drohende Gefahr behoben werden konnte, so kann sie ähnlich doch jederzeit wieder auftreten. Wir haben heute unbedingt mit der Tatsache zu rechnen, daß Österreich zur politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und vor allem auch

¹⁾ Heft 6, Sept. 1934, S. 295.